

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Beschluss

Nr.

vom

wird von StSt OB-Büro ausgefüllt

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
21.01.2026

1. Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Haupt- und Bauausschuss	02.03.2026	öffentlich
2. Gemeinderat	16.03.2026	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Der Haupt- und Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der fachübergreifenden Arbeitsgruppen mit den in der Vorlage beschriebenen bereits bestehenden sowie der neuen bzw. weiterzuentwickelnden Maßnahmen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen – soweit noch nicht erfolgt – weiter zu konkretisieren, sukzessive umzusetzen und hierbei insbesondere die Bekanntheit bereits bestehender Maßnahmen zu erhöhen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt einen konkreten Umsetzungsvorschlag für einen Videoschutz im Bereich des Bahnhofsvorplatzes/ZOB zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis November 2026 zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sinnhaftigkeit und ggf. Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Offenburg zu prüfen und dem Gemeinderat in 2027 zu berichten.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
21.01.2026

Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

Sachverhalt/Begründung:

I. Ausgangslage

Mit Drucksache Nr. 230/24 wurden dem Gemeinderat die Ergebnisse der Sicherheitsbefragung 2024 (Sicherheitsaudit) vorgestellt. Der Gemeinderat hat in diesem Zusammenhang bereits zentrale Maßnahmen beschlossen, insbesondere die Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes, der ab Juni/Juli 2026 seine Arbeit aufnehmen wird (in der Sitzung wird hierzu mündlich berichtet) sowie einer ergänzenden Straßensozialarbeit. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen aus dem Sicherheitsaudit abzuleiten und u.a. zu prüfen, ob der Einsatz eines Videoschutzes im Bereich Bahnhof/ZOB rechtlich und tatsächlich möglich ist (siehe hierzu Kapitel IVa dieser Vorlage).

Ein wesentliches Ergebnis des Sicherheitsaudits war, dass die subjektive Sicherheitslage in Offenburg insgesamt gut ist, jedoch durch gezielte Maßnahmen weiter verbessert werden kann. Gleichzeitig zeigte die Befragung, dass bereits zahlreiche Maßnahmen zur Kriminalprävention, zur Stärkung des sozialen Miteinanders und zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens bestehen, deren Bekanntheit in der Bürgerschaft jedoch teilweise gering ist.

II. Ableitung von Maßnahmen aus dem Sicherheitsaudit

Zur Ableitung geeigneter Maßnahmen wurden im Anschluss an die Vorstellung der Befragungsergebnisse mehrere fachübergreifende Auftaktveranstaltungen sowie Arbeitsgruppensitzungen durchgeführt. Beteiligt waren sowohl verwaltungsinterne Bereiche als auch externe Akteure (u.a. Polizei, soziale Träger, Fachstellen - wie z.B. Vertreter*innen des Kontaktladens, Frauen helfen Frauen, Haus des Jugendrechts).

Ziel dieses Prozesses war es,

- bestehende Maßnahmen systematisch zu erfassen,
- neue bzw. weiterzuentwickelnde Maßnahmen zu identifizieren,
- Zuständigkeiten und Beteiligte zu benennen sowie
- erste Einschätzungen zur Umsetzbarkeit vorzunehmen.

Die Diskussionen orientierten sich dabei insbesondere an den im Sicherheitsaudit benannten Ursachen für Kriminalitätsfurcht, wie etwa Störungen der sozialen Ordnung (Incivilities), fehlendes Vertrauen in Mitmenschen und Institutionen, Angst junger Frauen sowie räumliche Schwerpunkte (insbesondere Innenstadt, Bahnhof/ZOB und Nordstadt).

III. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die Ergebnisse der Sicherheitsbefragung 2024 haben gezeigt, dass die identifizierten Problemfelder in Offenburg keineswegs unbeachtet sind. Vielmehr wird bereits heute eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt, die sich gezielt mit den wahrgenommenen Herausforderungen im Bereich Sicherheit, Ordnung, sozialem Zusammenhalt und

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
21.01.2026

Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

subjektivem Sicherheitsgefühl befassen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass diese Aktivitäten in der Öffentlichkeit bislang nicht immer ausreichend wahrgenommen werden und ihre Wirkung daher teilweise hinter ihren tatsächlichen Möglichkeiten zurückbleibt

Obwohl bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt werden, die das soziale Miteinander, den Zusammenhalt und das subjektive Sicherheitsgefühl stärken, werden diese von der Bevölkerung nicht in erster Linie als präventive Aktivitäten im Bereich Ordnung und Sicherheit wahrgenommen. Im Mittelpunkt vieler bestehender Initiativen stehen vielmehr das Erleben von Gemeinschaft und die Förderung eines respektvollen Zusammenlebens. Gleichzeitig bleibt die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung dieser Maßnahmen häufig hinter ihrem tatsächlichen Potenzial zurück.

Ein zentraler Handlungsbedarf besteht daher neben der Weiterentwicklung einzelner Maßnahmen insbesondere **auch in der verbesserten Kommunikation und Sichtbarmachung** dessen, was bereits geleistet wird.

Gleichzeitig wurde in den Arbeitsgruppen eine Vielzahl zusätzlicher Maßnahmen in den insgesamt sieben Themenfeldern identifiziert.

Des Weiteren wurden zwei grundsätzliche und größere Maßnahmen (Videoschutz und Drogenkonsumraum) identifiziert, die im Kapitel IV. dieser Vorlage gesondert dargestellt sind.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden nachfolgend beschrieben und sind zusätzlich in der als **Anlage 1** beigefügten Übersicht zusammengefasst. Dabei wird unterschieden zwischen:

- **bereits bestehenden bzw. laufenden Maßnahmen**, die fortgeführt werden sollen sowie
- **neuen oder weiter zu prüfenden Maßnahmen**, die einer vertieften Konzeption, politischen Entscheidung oder zusätzlichen Ressourcen bedürfen.

Themenfeld 1: Respektlosigkeit und Störungen des sozialen Miteinanders

Status Quo: Im Themenfeld „Respektlosigkeit“ zeigt sich, dass Prävention, Ordnung und soziale Arbeit in Offenburg bereits eng miteinander verzahnt sind. Mit der Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes sowie der beschlossenen Straßensozialarbeit werden sichtbare und ansprechbare Akteure im öffentlichen Raum gestärkt. Ergänzend hierzu existiert eine breite Palette an präventiven Angeboten, insbesondere in Schulen, Kitas und der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Programme zur Gewalt- und Mobbingprävention, zur Medienkompetenz sowie zur Stärkung sozialer Kompetenzen tragen frühzeitig zu einem respektvollen Miteinander bei.

Weitere Maßnahmen: Die Arbeitsgruppen haben die bisherigen Ansätze ausdrücklich bestätigt und weitergedacht. Vorgeschlagen wurden unter anderem das Bespielen des Themas Zivilcourage auf Social Media, Maßnahmen zur gezielten Förderung von

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
21.01.2026

Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

Zivilcourage sowie weitere unterstützende Aktionen. Ziel ist es, bestehende Aktivitäten sichtbarer zu machen und zugleich klare gesellschaftliche Erwartungen an respektvolles Verhalten im öffentlichen Raum zu formulieren.

Themenfeld 2: Personen, die als bedrohlich empfunden werden

Status Quo: Im Umgang mit Personen, die von Teilen der Bevölkerung als bedrohlich wahrgenommen werden, zeigt sich bereits heute ein engmaschiges Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure. Neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen durch Ordnungswesen, KOD und Polizei stehen insbesondere niedrigschwellige sozialarbeiterische Angebote im Mittelpunkt, etwa durch den Kontaktladen, die Fachstelle Sucht sowie weitere Beratungs- und Unterstützungsangebote, nicht zuletzt die beschlossene Straßensozialarbeit. Ziel ist es, soziale Problemlagen frühzeitig zu erkennen, Hilfen zu vermitteln und Eskalationen im öffentlichen Raum zu vermeiden.

Weitere Maßnahmen: Die Arbeitsgruppen haben darüber hinaus zahlreiche Weiterentwicklungsansätze benannt. Dazu zählen unter anderem die schon umgesetzte Stärkung der bestehenden Strukturen im Umgang mit psychisch auffälligen Personen sowie erste Überlegungen zu einem Drogenkonsumraum (siehe ausführliche Darlegungen unter IV. dieser Vorlage), Optimierungen im Bereich der Substitutionspraxis sowie eine noch bessere und verlässliche Kommunikation gegenüber der Bürgerschaft. Auch städtebauliche Aspekte und eine noch engere Abstimmung mit dem Polizeipräsidium wurden als wichtige Bausteine identifiziert.

Themenfeld 3: Angst junger Frauen

Das Sicherheitsaudit hat insbesondere die Angst junger Frauen im öffentlichen Raum als relevantes Thema hervorgehoben.

Status Quo: Bereits heute bestehen hierzu vielfältige Angebote, etwa Selbstbehauptungskurse, die Projekte „Sicher unterwegs“ und „Nachtsam“ sowie präventive Arbeit durch spezialisierte Fachstellen. Diese Angebote werden durch Öffentlichkeitsarbeit flankiert und kontinuierlich weiterentwickelt.

Weitere Maßnahmen: In den Arbeitsgruppen wurde deutlich, dass dieser Bereich künftig noch stärker differenziert betrachtet werden soll. Neben einer zielgruppengerechteren Ausrichtung bestehender Präventionsangebote wurden unter anderem zusätzliche Projekte gegen Belästigung im öffentlichen Raum, eine gezielte Präsenz von Polizei und KOD an bekannten Angsträumen, Beleuchtungsüberprüfungen, Stadtteilbegehungen sowie die Schaffung von Zufluchtsmöglichkeiten in Geschäften angeregt. Ein besonderer Fokus liegt dabei auch auf Bewusstseinsbildung und der Ansprache potenzieller Verursacher.

Themenfeld 4: Hohe Kriminalitätsfurcht in Stadtteilen

Status Quo: In Stadtteilen mit erhöhter Kriminalitätsfurcht zeigt sich, dass Offenburg bereits seit Jahren stark auf Gemeinwesenarbeit, Beteiligung und Präsenz setzt. Offene Jugendarbeit, Stadtteil- und Quartiersfeste, Bürgerdialoge, Stadtteilbüros sowie Projekte wie „Daheim in Nordwest“ oder „Zum Glück Albersbösch“ tragen wesentlich

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
21.01.2026

Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei. Ergänzt werden diese Ansätze durch ordnungsrechtliche Kontrollen, städtebauliche Maßnahmen, Verbesserungen der Beleuchtung sowie die künftige Einbindung von KOD und Straßensozialarbeit insbesondere in den Bereichen Innenstadt/ZOB/Bahnhof/Nordweststadt.

Weitere Maßnahmen: Die Arbeitsgruppen haben zahlreiche Ideen entwickelt, um diese Ansätze weiter zu intensivieren. Dazu gehören unter anderem Veranstaltungen an identifizierten Problemorten, eine stärkere Nutzung bestehender Rückmeldesysteme, Sicherheitsbegehungen, intensivere Kommunikation zu positiv besetzten Themen sowie eine gezielte Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen.

Themenfeld 5: Vertrauen in Mitmenschen und Institutionen

Ein zentrales Querschnittsthema der Sicherheitsbefragung ist das Vertrauen – sowohl in Mitmenschen als auch in staatliche und kommunale Institutionen.

Status Quo: Bereits heute bestehen in Offenburg zahlreiche Formate, die Begegnung, Transparenz und Beteiligung fördern. Bürgervereine und Bürgergemeinschaften, Nachbarschaftsfeste, kulturelle Angebote, ehrenamtliches Engagement, offene Parks, Bürgersprechstunden, Stadtteilnewsletter, digitale Beteiligungsplattformen sowie eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit tragen dazu bei, Verwaltungshandeln nachvollziehbar und nahbar zu machen.

Weitere Maßnahmen: Die Arbeitsgruppen haben hierzu angeregt, bestehendes Engagement stärker sichtbar zu machen, etwa durch Auszeichnungen für Zivilcourage, intensivere Kommunikation zu positiv besetzten Themen oder eine noch intensivere Einbindung von Bürgergemeinschaften. Auch Serviceangebote wie Zuständigkeitsfinder, Qualitäts- und Anfragenmanagement oder Sicherheitssprechstunden wurden als wichtige Bausteine zur Vertrauensbildung benannt.

Themenfeld 6: Kontaktlose Kriminalität

Darüber hinaus wurde auch das Themenfeld der kontaktlosen Kriminalität intensiv betrachtet, zu der insbesondere sowohl Telefon- als auch Internetbetrug gehört.

Status Quo: Bereits heute informieren die Sicherheitsbehörden - Polizei und Stadt - über Betrugsmaschinen wie Schockanrufe, bieten Präventionsveranstaltungen an und nutzen unterschiedliche Kommunikationswege – von Telefonkarten über Briefumschläge bis hin zu Aktionen im Einzelhandel. Mit der Einführung des Schulfachs „Digitale Medien“ wird Prävention künftig noch stärker strukturell verankert.

Weitere Maßnahmen: In den Arbeitsgruppen wurden weitere Ideen entwickelt, darunter Präventionsquizze, VHS-Angebote zur digitalen Sicherheit, simulierte Schadensfälle sowie niedrigschwellige Meldesysteme.

Themenfeld 7: Überschätzung der Kriminalitätsfurcht

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Sicherheitsbefragung ist, dass die wahrgenommene Kriminalitätsfurcht in Teilen der Bevölkerung nicht immer mit der tatsächlichen

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
21.01.2026

Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

Sicherheitslage übereinstimmt. Dieses Phänomen der Überschätzung von Kriminalitätsrisiken beeinflusst das subjektive Sicherheitsgefühl erheblich und kann zu Verunsicherung, Rückzug aus dem öffentlichen Raum und einer negativen Wahrnehmung des Stadtbildes führen.

Status Quo: Bereits heute wird diesem Themenfeld in Offenburg mit verschiedenen Maßnahmen begegnet. Hierzu zählen insbesondere Informations- und Aufklärungsangebote, die Einordnung von Kriminalitätszahlen, die transparente Kommunikation polizeilicher und kommunaler Erkenntnisse sowie die bewusste Beispielung des öffentlichen Raums durch Veranstaltungen und positive Nutzungen. Auch niedrigschwellige Informationsmaterialien und persönliche Ansprechpartner tragen dazu bei, Ängste abzubauen und Vertrauen zu schaffen.

Weitere Maßnahmen: Um diesem Themenfeld künftig noch gezielter zu begegnen wird vorgeschlagen, eine noch intensivere und kontinuierlichere Öffentlichkeitsarbeit, die stärkere Sichtbarmachung bereits bestehender Maßnahmen, positiv besetzte Berichterstattung über gelungene Präventionsarbeit sowie Aktionen, die den Blick auf das Funktionierende und Gelungene im öffentlichen Raum lenken, zu initiieren. Ziel ist es, faktenbasiert zu informieren, ohne Sorgen zu bagatellisieren, und dadurch das subjektive Sicherheitsgefühl nachhaltig zu stärken.

Zusammenfassende Bewertung der Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen haben festgestellt, dass in Offenburg bereits heute umfassend, engagiert und fachlich fundiert an den im Sicherheitsaudit identifizierten Problemfeldern gearbeitet wird. Als wichtige und zentrale Maßnahme wurde eine künftig noch deutlich bessere Bündelung, Kommunikation und Sichtbarmachung der vorhandenen Maßnahmen identifiziert. Gleichzeitig wurden zahlreiche realistische und weiterführende Ideen entwickelt, die das bestehende Instrumentarium sinnvoll ergänzen können, deren Umsetzung jedoch – je nach Maßnahme – Zeit, Ressourcen und weitere politische Entscheidungen erfordert.

Die Arbeitsgruppen haben angeregt, diese Ansätze weiter auszubauen und stärker sichtbar zu machen. Vorgeschlagen wurden insbesondere niedrigschwellige und barrierefreie Informations- und Aufklärungsangebote, die Förderung gemeinsamer Aktivitäten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sowie eine gezielte Unterstützung bestehender Integrations- und Begegnungsprojekte. Ziel ist es, gegenseitige Akzeptanz zu fördern, Missverständnisse abzubauen und damit auch das subjektive Sicherheitsgefühl insgesamt positiv zu beeinflussen.

IV. Weitere größere Einzelmaßnahmen

a) Möglichkeit der Einrichtung eines Drogenkonsumraum

Im Rahmen der Arbeitsgruppen zum Sicherheitsaudit sowie in ergänzenden Gesprächen mit Akteuren der Suchthilfe, der Polizei und der Verwaltung wurden verschiedene Optionen im Bereich der Suchthilfe in Offenburg besprochen. Hierbei tauchte die Frage zur Einrichtung eines Drogenkonsumraums auf.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
21.01.2026

Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

Ein Drogenkonsumraum ist ein niedrigschwelliges, betreutes Angebot, in dem abhängige Menschen unter hygienischen Bedingungen mitgebrachte Drogen konsumieren können. Ziel ist es insbesondere, gesundheitliche Risiken zu reduzieren, Überdosierungen vorzubeugen, den Zugang zu medizinischer und suchththerapeutischer Hilfe zu erleichtern und gleichzeitig Belastungen des öffentlichen Raums durch offenen Drogenkonsum zu verringern.

In Baden-Württemberg bestehen bereits Drogenkonsumräume unter anderem in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Mannheim. Die dortigen Erfahrungen zeigen, dass Drogenkonsumräume in ein umfassendes Hilfesystem eingebettet sind und sowohl suchtpolitische als auch ordnungs- und gesundheitspolitische Ziele verfolgen.

Für Offenburg bestand bislang keine rechtliche Grundlage zur Einrichtung eines Drogenkonsumraums, da die hierfür maßgebliche Einwohnerzahl nicht erreicht wurde. Zwischenzeitlich haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen geändert, sodass eine Prüfung nunmehr grundsätzlich möglich ist.

Vor dem Hintergrund der im Sicherheitsaudit benannten Belastungen des öffentlichen Raums – insbesondere im Bereich Bahnhof/ZOB sowie angrenzender Straßenzüge – erscheint eine sachliche und ergebnisoffene Prüfung angezeigt. Darüber hinaus berichten Akteure der Suchthilfe von gravierenden Veränderungen im Konsumverhalten suchtkranker Menschen (hinsichtlich der konsumierten Substanzen und deren Auswirkungen auf die Szenen, Die Prüfung soll insbesondere klären, welche fachlichen, rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für einen Drogenkonsumraum in Offenburg gegeben wären und ob bzw. wie ein solches Angebot in bestehende Hilfestrukturen eingebettet werden könnte.

Sofern der Gemeinderat einen entsprechenden Prüfauftrag beschließt, würde die Verwaltung wieder in 2027 berichten und einen Vorschlag unterbreiten.

b) Videoschutz im Bereich Bahnhofsvorplatz/ZOB

Entsprechend des gemeinderätlichen Prüfauftrags wurde auch die Einführung eines Videoschutzes thematisiert und verwaltungsintern untersucht.

Nach dieser ersten verwaltungsinternen Bewertung **erscheint die Einrichtung eines Videoschutzes im Bereich Bahnhofsvorplatz/ZOB rechtlich möglich**. Neben den Regelungen des Polizeigesetzes Baden-Württemberg sind hierbei auch die jüngeren Änderungen des Landesdatenschutzgesetzes zu berücksichtigen, die den rechtlichen Rahmen für den Einsatz von Videoschutz weiter konkretisiert haben.

Vor diesem Hintergrund wird daher derzeit davon ausgegangen, dass ein Videoschutz im Bereich des Bahnhofsvorplatzes unter bestimmten Voraussetzungen rechtlich zulässig sein kann. Für eine belastbare Entscheidungsgrundlage sind jedoch weitergehende intensive Prüfungen und Austausche erforderlich.

Insbesondere bedarf es einer vertieften Abstimmung mit der Polizei sowie dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, um die (datenschutz-) rechtlichen und organisatorischen Anforderungen abschließend zu

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

019/26

Dezernat/Fachbereich:

Fachbereich 10,

Bürgerservice

Bearbeitet von:

Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:

82-2472

Datum:

21.01.2026

Betreff: Sicherheitsaudit 2024 – Ableitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen

klären. Darüber hinaus sind mögliche Ausgestaltungsvarianten, technische Anforderungen sowie die damit verbundenen Investitions- und Betriebskosten zu ermitteln.

Im Rahmen der bisherigen Prüfungen wurde zudem deutlich, dass der Videoschutz nach dem Polizeigesetz Baden-Württemberg nicht durch private Dritte, wie etwa Sicherheitsunternehmen, durchgeführt werden kann. Es ist daher auch zu klären, welche personellen und organisatorischen Ressourcen seitens der öffentlichen Hand erforderlich wären und wie diese sichergestellt werden können.

Zur Vorbereitung dieser Prüfungen hat sich die Stadt Offenburg bereits bei anderen Kommunen sowie der Landes- und Bundespolizei über deren Erfahrungen mit der Einführung und dem Betrieb von Videoschutzsystemen informiert. Hierzu gehörten auch Vor-Ort-Besichtigungen bestehender Anlagen, um einen umfassenden Überblick über unterschiedliche Umsetzungsmodelle, deren Wirkungen sowie den organisatorischen und finanziellen Aufwand zu erhalten.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Aspekte geht die Verwaltung davon aus, dass dem Gemeinderat **bis November 2026** ein konkreter Umsetzungsvorschlag vorgelegt werden kann.